

## Beschlussvorlage

055/2004/1

Beratungsfolge:	Gremium:	Art der Sitzung:	
04.10.2004	Kreisausschuss	nicht öffentlich	beratend
13.10.2004	Kreistag	öffentlich	entscheidend

### **Tagesordnung:**

Neuaufstellung des Landesentwicklungsprogrammes Rheinland-Pfalz;  
Stellungnahme des Landkreises Bad Dürkheim

### **Beschlussvorschlag:**

Beschlussvorschlag ergeht nach Beratung.

### **Finanzielle Auswirkung:**

Ja     Nein

Haushaltsstelle:

Ansatz:

Finanzierung / noch verfügbar:

Bad Dürkheim, 28. September 2004

Sabine Röhl  
Landrätin



Mit dem „Bericht zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz (LEP IV)“ (vgl. Drucksache 55/2004, Kreisausschuss 06.09.2004) beabsichtigt das Ministerium des Innern und für Sport, vor der Erstellung eines ersten Entwurfes des LEP IV und der Einleitung formaler Beteiligungsverfahren in einen breit angelegten Diskussionsprozess zu dem im Jahr 2005 neu zu beschließenden LEP IV einzutreten. Das LEP wird jeweils für eine Zeitdauer von zehn Jahren aufgestellt.

Das Landesentwicklungsprogramm ist ein nach eingehender Anhörung der Kreise, kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden sowie fachlich tangierter Träger öffentlicher Belange abgestimmtes Programm der Landesregierung. Es bildet die Grundlage für die räumliche Weiterentwicklung des Landes. Das LEP gibt die Ziele und Grundsätze der Landesplanung vor; diese sind für alle Planungsträger rechtsverbindlich. Es orientiert sich an den im Laufe der Zeit sich ändernden Aufgabenstellungen und erfordert daher eine periodische Fortschreibung. Durch das LEP selbst werden unmittelbar keine raumverändernden Prozesse und Aktivitäten in Gang gesetzt. Es ist ein Instrument, räumlichen Strukturentscheidungen anderer Akteure und Träger einen Rahmen vorzugeben. So werden die Vorgaben des LEP in den Regionalplänen konkretisiert.

Standen im Vordergrund des LEP III aus dem Jahr 1995 die dauerhafte Sicherung der ökonomischen Leistungsfähigkeit und der natürlichen Lebensgrundlagen, die Festigung und Stärkung der Position des Landes und seiner Teilräume innerhalb des vereinigten Deutschlands und der EU sowie die Erhaltung und Stärkung der Leistungskraft der verdichteten Räume entlang des Rheins und der Verdichtungskerne in den ländlichen Teilräumen, so wird vor allem die Thematik des demographischen Wandels im Mittelpunkt des LEP IV stehen.

Unabhängig vom Zeitablauf benennt der Bericht daher als wesentliche Gründe bzw. Rahmenbedingungen für die Neuaufstellung:

- **den demographischen Wandel und dessen zu erwartende Auswirkungen,**
- **die Beteiligung des Landes am Prozess der Internationalisierung und Globalisierung,**
- **die Veränderung der finanz- und förderpolitischen Rahmenbedingungen,**
- **das gewandelte Verständnis bei der Definition öffentlich bzw. privat wahrzunehmender Aufgaben,**
- **die Verpflichtung des Landes zur Strategie des Gender Mainstreaming (Geschlechtergerechtigkeit).**



Aus diesen Veränderungen leiten sich eine Reihe von Handlungserfordernissen ab, die durch das LEP IV umgesetzt bzw. unterstützt werden sollen:

- **Integration in die europäische Entwicklung,**
- **Sicherung einer Mindestausstattung an technischer und sozialer Infrastruktur,**
- **Effizienzsteigerung beim Einsatz öffentlicher Finanzmittel,**
- **Vertikale und horizontale Kooperationen der Gebietskörperschaften.**

Bei der Ausgestaltung des LEP IV sollen zwei grundlegende Prinzipien Beachtung finden:

- **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und**
- **Nachhaltigkeit der Entwicklung.**

Der Umsetzung dieser Grundprinzipien sollen entsprechende Leitbilder dienen:

- **die grenzüberschreitende Kooperation und europäische Integration,**
- **die Sicherung einer Raumstrukturgliederung nach dem Prinzip der dezentralen Konzentration,**
- **der Schutz und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Lebensqualität,**
- **die Erhaltung und der Ausbau eines funktionsfähigen und effektiven landesinternen Transportsystems und die Anbindung des Landes an die deutschen und europäischen Metropolregionen,**
- **die Standortvorsorge für eine nachhaltige Energieversorgung.**

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass der Bericht die wichtigsten Themen anspricht, die für alle relevant sind, die mit der weiteren Entwicklung des Landes und seiner Teilräume in naher Zukunft befasst sind.

Über eine zustimmende Kenntnisnahme hinaus werden von Seiten der Verwaltung derzeit keine weiteren Problem- oder Planungsfelder benannt.